

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 64 (1970)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Die Partnerschafts-initiative des Baselbietes  
**Autor:** Hug, Herbert  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-141737>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 10.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Eine Nation, die von Millionären regiert wird, kann ihre hungernden Frauen und Kinder nicht ernähren, wenn sie nicht zuerst den Millionären die politische Macht entzieht. Alle menschlich denkenden Amerikaner sollten über diese, mit jedem Tag ernster werdenden Probleme gründlich nachdenken.

Red

## Die Partnerschafts-Initiative des Baselbietes

Nachdem das Baselbieter Volk in der kantonalen Abstimmung vom 7. Dezember 1969 die Wiedervereinigungs-Verfassung eindeutig verworfen hat, ist am 27. Februar 1970 im Regierungsgebäude zu Liestal das mit insgesamt 23 850 Unterschriften versehene Volksbegehren für regionale Zusammenarbeit eingereicht worden. Mit einer derart hohen Zahl von Stimmberechtigten ist in Baselland noch nie eine Initiative zustandegekommen. Nichts zeigt deutlicher, dass das vierfache Nein vom Dezember nicht gegen den Kanton Basel-Stadt gerichtet war. Es galt ausschliesslich der Bewahrung der kantonalen Selbständigkeit.

In der letzten Nummer dieser Zeitschrift hat ein Freund der Wiedervereinigung seine «Begeisterung für die einzigartige Chance, im 20. Jahrhundert mitten in Europa mit demokratischen Mitteln einen Staat aufzubauen,» zum Ausdruck gebracht. Als ehemaliger Verfassungsrat weiss aber jener «Freund» sehr genau, dass es sich mitnichten um einen «neuen Staat» gehandelt hätte, sondern um einen Kompromiss zwischen zwei bestehenden Staatswesen und erst noch um einen faulen, der weder Fisch noch Vogel gewesen wäre. Es hätte die Wiedervermählung einer seit 137 Jahren geschiedenen Ehe bewerkstelligt werden sollen. Wahrlich, keine Sache, für die sich jeder mann begeistern kann; vielmehr eine Sache voller Bedenken und Widerwärtigkeiten. Nachdem sich nun das Baselbiet nach bestem Wissen und Gewissen doch nicht dazu hat entschliessen können, erscheint der klare Entscheid nicht als Verlust, sondern als Gewinn. Es geht nun nicht darum, der ehelichen Hälfte von annodazumal nachzutruern und ihr in pathologischer Rachsucht noch ein paar Rockzipfel abzulisten, d.h. dem Kanton seine unteren Gebiete zu entreissen; vielmehr kann eine gesunde Politik nur noch den entschlossenen Ausbau der *regio basiliensis* ins Auge fassen, die Zusammenarbeit in freundnachbarlicher Partnerschaft nicht nur mit einem, sondern mit allen angrenzenden Kantonen und sogar Ländern. Die Ersetzung der föderalistischen Tradition durch zentralistische Prinzipien würde das Ende der Schweiz bedeuten.

Soeben hat uns der Kanton Bern in der Jurafrage eine Lektion föderalistischer Gesinnung und Grossmut erteilt, welche alle Befürworter eines Grosskantons beherzigen sollten. Es kann einem Grosskanton auch bange werden. Darum verzichte man lieber darauf. Kein Schweizer denkt daran, Uri, Schwyz, Unterwalden und Luzern zusammenzuschweissen, obwohl in einem Grosskanton Luzern die Bevölkerungszahl etwa gleich gross wäre wie dieje-

nige beider Basel. Dass sich einst die beiden Rhoden Appenzells trennten, war konfessionell bedingt; der Grund der Trennung ist schon längst hinfällig geworden, trotzdem denkt niemand daran, die beiden Teile wiederzuvereinigen. Was Jakob Burckhardt in seinen weltgeschichtlichen Betrachtungen über die Vorteile des Kleinstaates ausführt, das hat sehr wohl auch seine Bedeutung für das Zusammenleben dre Kantone, die doch ebenfalls Kleinstaaten sind, und wenn wir keine Achtung mehr haben vor der organisch gewachsenen und geschichtlich gewordenen Eigenart eines solchen Staatswesens, so können wir die Schweiz zugunsten totalitärer Bezüge liquidieren. Totalitärer Politik gegenüber wird schweizerischer Bürgersinn stets als «gefühlbetonte Staatsromantik» erscheinen. Uns ist aber eine solche lieber, und sie entspricht dem Wesen der Demokratie mehr als das Liebäugeln mit autoritären und zentralistischen Machtgefügen, die stets den Trend zur Diktatur haben, unter der alle Freiheit erstickt.

Zum Schluss sei nochmals betont, dass wir den Freunden der Wiedervereinigung beider Basel auch edle Motive im Sinne der Versöhnung zubilligen; aber wir halten ihr Bestreben in Anbetracht der tatsächlichen Verhältnisse für unrealistisch und darum für unzumutbar. Der Weg der Partnerschaft ist allein gangbar. Dass wir ihn wirklich beschreiten, darauf kommt jetzt alles an!

*Herbert Hug*

---

## **Jahresversammlung des Schweiz. Friedensrates**

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz ist Mitglied des Schweizerischen Friedensrates. Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, dass die *Jahresversammlung am 18. April 1970 in Freiburg*, wo eine aktive Gruppe von Gesinnungsfreunden besteht, stattfinden wird und bitten Sie, sich dieses Datum heute schon *vorzumerken* und in möglichst grosser Zahl in Freiburg zu erscheinen. Neben den ordentlichen Jahresgeschäften verspricht das sorgfältig gestaltete Programm eine ernsthafte und kompetente Behandlung von brennenden schweizerischen und europäischen Problemen. Eine detaillierte Einladung wird den Mitgliedern der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz noch zugehen.

*Elsa Pavoni-Lezzi*